

**Fraktion Die Linke/echt.Remscheid
im Rat der Stadt Remscheid**

Schützenstraße 62
42853 Remscheid

Telefon: 0 21 91/951 36 82
Fax: 0 21 91/951 37 31
Email: fraktion@dielinke-remscheid.de
Internet: www.dielinke-remscheid.de
<https://echt-remscheid.de/>



Donnerstag, 3. April 2025

Anfrage
der Fraktion

Abschiebungen in Remscheid

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

die Fraktion Die Linke/echt.Remscheid im Rat der Stadt Remscheid bittet Sie, folgende Fragen auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 10.04.2025 und des Integrationsrats am 05.06.25 aufzunehmen und beantworten zu lassen:

1. Wie viele Abschiebungen wurden seit dem 1. Januar 2025 in Remscheid durchgeführt? (Wir bitten um eine tabellarische Aufführung nach Anzahl und Herkunftsland)
2. Wie häufig betrafen die im vergangenen und diesem Jahr durchgeführten Abschiebungen Einzelpersonen und wie oft Familien? Wie oft sind bei Abschiebungen Familientrennungen erfolgt?
3. Wie viele straffällig gewordene Personen wurden im vergangenen und diesem Jahr aus Remscheid abgeschoben?
4. Wie lange lebten die im vergangenen und diesem Jahr abgeschobenen Personen jeweils in Deutschland, bevor die Rückführung erfolgte?
5. Wie viele der im vergangenen und diesem Jahr abgeschobenen Personen befanden sich zum Zeitpunkt der Abschiebung in einer schulischen Ausbildung, einer beruflichen Ausbildung oder waren erwerbstätig?

6. Wie viele der im vergangenen und diesem Jahr abgeschobenen Personen waren zum Zeitpunkt der Abschiebung minderjährig? (Bitte nach Alter aufschlüsseln)
7. Gab es im vergangenen und diesem Jahr Fälle, in denen durch die Abschiebung der Eltern eine Inobhutnahme durch das Jugendamt erforderlich wurde? Falls ja, wie viele und wie alt waren die betroffenen Kinder?
8. Gibt es seitens der Behörde eine Art Reihen- oder Rangfolge von abzuschiebenden Personen? Beispielsweise zuerst potenzielle Gefährder?
9. Welche (beruflichen) Qualifikationen müssen Mitarbeitende der Ausländerbehörde, die bei der Durchführung von Abschiebungen eingesetzt werden, nachweisen?
10. Welche Beratungsangebote stehen Personen zur Verfügung, die eine Aufenthaltserlaubnis anstreben und wie werden von Abschiebung bedrohte Personen über ihre Rechte und mögliche Alternativen informiert?
 - Wie werden beispielsweise die gängigen Aufenthaltsrechte nach den §§ 104c, 25a,b, 60c,d AufenthG (Chancen-Aufenthaltsrecht, Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen; Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration; Ausbildungsduldung; Beschäftigungsduldung) und weitere Normen des Aufenthaltsrechtes im Alltagsgeschäft der Ausländerbehörde umgesetzt?
 - Wie erfolgt eine systematische Beratung aller Personen, die die zeitlichen Voraussetzungen der §§ 25a,b AufenthG erfüllen?
 - Welche Maßnahmen unternimmt die Ausländerbehörde, um ihrer Beratungspflicht gerecht zu werden und Menschen ggf. zur Antragstellung anzuregen?
11. Uns wurde berichtet, dass bei Abschiebungen Wohnungen zum Teil erheblich verwüstet hinterlassen wurden. Welche Gründe gibt es für ein solches Vorgehen?

Begründung:

Die dramatische Abschiebung einer ursprünglich aus der Türkei stammenden Remscheider Familie vom 13.03.25 hat die Stadtgesellschaft sehr bewegt und Fragen zum allgemeinen Abschiebeverhalten der Stadt Remscheid aufgeworfen. Denn im Zuge der daraufhin öffentlich geführten Diskussionen, wurden uns immer mehr Fälle von fragwürdigen und inhumanen Abschiebungen in Remscheid in den letzten Monaten zugetragen.

In allen Fällen handelte es sich dabei um gut integrierte, erwerbstätige oder in Ausbildung befindliche Personen, die z.T. sogar in Remscheid geboren wurden und die unsere Gesellschaft dringend braucht. Oftmals betraf es Frauen, die in den abgeschobenen Ländern keine sichere Zukunftsperspektive haben.

Dieses Vorgehen hat für die Betroffenen meist schreckliche Folgen und für unsere (Stadt-) absolut keinen Mehrwert – im Gegenteil.

Wir möchten mit dieser Anfrage nicht nur die Daten- und Faktenlage ausleuchten, sondern auch eine Diskussion über die allgemeine Abschiebep Praxis entfachen sowie unsere Solidarität mit den Betroffenen ausdrücken.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.:

Bettina Stamm
(Fraktionsvorsitzende)

Peter Lange
(Ratsmitglied)

Axel Behrend
(Ratsmitglied)

Mehmet Keser
(Stellv. Vorsitzender im Integrationsrat)